

Bedingte Strafe für Steuerpranger

EGERKINGEN. Die Gemeindepräsidentin von Egerkingen SO ist zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt worden, weil sie an einer Gemeindeversammlung die Namen von sechs Steuerschuldnern genannt hatte. Damit habe sie das Amtsgeheimnis verletzt, urteilte die Staatsanwaltschaft. Die Bekanntgabe der Namen der sechs Steuerschuldner verstosse gegen deren Persönlichkeitsrechte sowie gegen Datenschutzbestimmungen, teilte die Staatsanwaltschaft des Kantons Solothurn gestern mit. Das Vorgehen sei somit rechtswidrig.

Ebenfalls zu bedingten Geldstrafen verurteilt wurden drei weitere Gemeinderatsmitglieder, die sich für die Veröffentlichung der Namen ausgesprochen hatten. Die Höhe der bedingten Geldstrafen beträgt zwischen 90 und 150 Tagessätze, wie Sprecherin Cony Zubler auf Anfrage der Nachrichtenagentur sda sagte. Die Entscheide können noch angefochten werden. (sda)

CVP für mehr Jugendschutz

BERN. Die CVP will Kinder und Jugendliche besser schützen. Die Partei konzentriert sich dabei insbesondere auf die Gefahren des Internets. Sie wiederholt ihre Forderung nach einer eindeutigen Regelung des sogenannten «Grooming» im Strafrecht. Als Grooming wird die Kontaktaufnahme mit Minderjährigen im Internet aus sexuellen Beweggründen bezeichnet. Exponenten der CVP hatten sich wiederholt dafür ausgesprochen, Grooming rechtlich enger zu regeln. Nach heutigem Recht macht sich eine Person nur strafbar, wenn dem Vorschlag für ein Treffen konkrete Handlungen folgen – zum Beispiel wenn sie am vereinbarten Treffpunkt erscheint. Bereits während des Chatdialogs machen sich Täter aber strafbar, wenn sie Kinder etwa mit pornografischen Bildern konfrontieren. Der CVP geht das zu wenig weit. Sie will, «dass Grooming endlich ein Straftatbestand wird», wie sie in einem Positionspapier schreibt. Dasselbe fordert die Partei für das Stalking, bei dem die Opfer wiederholt verfolgt oder belästigt werden. (sda)

Alles beim Alten bei Lobbyisten

BERN. Der Nationalrat will kein Akkreditierungssystem für Lobbyisten im Bundeshaus. Er hat gestern eine parlamentarische Initiative von Andrea Caroni (FDP/AR) mit 113 zu 66 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt.

«Es geht nicht darum, Lobbyisten aus dem Tempel zu werfen», sagte der Initiator. Das geltende System könne aber verbessert werden. Heute kann jedes Mitglied von National- und Ständerat zwei Zutrittsausweise an beliebige Personen abgeben. Regelmässig würden Parlamentsmitgliedern materielle Vorteile dafür geboten, sagte Caroni. Viele der Badges gehen an Vertreter von Unternehmen und Verbänden, die so im Bundeshaus für ihre Anliegen werben können.

Caroni zeigte sich überzeugt, dass mit einem Akkreditierungssystem die Transparenz steigen, die Zahl der Lobbyisten im Bundeshaus aber sinken würde. Dem widersprach Kommissionssprecher Gerhard Pfister (CVP/ZG). Jeder Lobbyist könnte dann einen Zugangsausweis verlangen, gab er zu bedenken. (sda)

Immobilien-Insel abgewehrt

Bundesrat und Nationalrat wollten die Lex Koller verschärfen, der Ständerat hat dem nun Einhalt geboten. Nicht zu bremsen ist die Justizministerin. Sie kündigt eine Gesetzesrevision an.

MARINA WINDER

BERN. Für SP-Nationalrätin Jacqueline Badran (ZH) ist gestern ein siebenjähriger Kampf zu Ende gegangen. Der Ständerat hat sich deutlich – einmal mit 26 zu 16 Stimmen und einmal mit 26 zu 15 Stimmen bei einer Enthaltung – gegen ihre zwei Motionen ausgesprochen, die eine Verschärfung der Lex Koller forderten. Die Vorstösse sind damit endgültig vom Tisch.

Badrans Niederlage gestern ist allerdings ein grosser Erfolg vorausgegangen. Dass es die Lex Koller überhaupt noch gibt, kann sich die kämpferische Zürcherin als eigenes Verdienst anrechnen. Denn als Bundesrat und Parlament das Gesetz beerdigen wollten, das ausländischen Investoren verbietet, in der Schweiz Grund und Boden zu erwerben, stand Badran auf die Hinterbeine. Es gelang ihr, das Ruder herumzureissen. Bald wollte niemand mehr die Lex Koller abschaffen.

Hintertürchen schliessen

Mit den beiden Motionen wollte Badran nun auch noch die Hintertürchen schliessen und zwei Ausnahmen rückgängig machen, die 1997 und 2005 eingeführt worden waren: Die eine betrifft Gewerbeimmobilien, die andere offene Immobilienfonds und börsennotierte Immobilien-Gesellschaften. In diese dürfen Investoren aus dem Ausland weiterhin investieren.

Laut Badran höhlen diese beiden Ausnahmen die Lex Koller aus. Der Schaden sei beträchtlich: So schwemme das Kapital der ausländischen Investoren den Schweizer Immobilienmarkt, treibe die Preise in die Höhe, vervielfache die Preisschwankungen und übe letztlich sogar Druck auf den Schweizer Franken aus.

Rechte redet von Betriebsunfall

Erst sah es danach aus, als würde Badran mit ihren Vorstössen glatt durchkommen. Der



Die Lex Koller ist 1983 eingeführt worden, um den «Ausverkauf» des Schweizer Bodens an Personen im Ausland einzudämmen.

SVP und GLP auf Siegeskurs in kantonalen Wahlen

BERN. SVP und Grünliberale spüren knapp anderthalb Jahre vor den Nationalratswahlen Rückenwind. Bei der FDP und der CVP dagegen hält das Formtief an, wie eine Zwischenbilanz der kantonalen Urnengänge dieses Jahres zeigt. Federn lassen musste auch die BDP.

Am meisten für die SVP

Die SVP konnte bei den kantonalen Parlamentswahlen im ersten Halbjahr 2014 um insgesamt neun Sitze zulegen. Elf Gewinnen in Obwalden, Bern und Graubünden standen zwei Verluste in Nidwalden gegenüber. In Glarus, wo am letzten Wochenende gewählt wurde, gab es für die SVP keinen zusätzlichen Sitz. Aktuell hält die SVP gemäss einer Auswertung der sda schweizweit 571 von total 2556 kantonalen Parlamentssitzen, so viele wie keine andere Partei. Für drei weitere Mandate findet in Graubünden noch ein zweiter Wahlgang statt. Nicht eingerechnet ist Innerroden, wo die Parteizugehörigkeit keine Rolle spielt.

GLP übertrumpft BDP

Auch die GLP konnte diesen Frühling ihre Erfolgsserie fort-

setzen. Mit neun Gewinnen baute sie ihre Präsenz in 15 Legislativen auf 87 Sitze aus und überflügelte damit erstmals die BDP. Diese kam vor allem im Kanton Bern arg unter die Räder und hält noch 77 Mandate, elf weniger als zu Jahresbeginn. Weiter auf der Verliererstrasse befinden sich die FDP mit den Liberalen und die CVP. Die FDP büsste gesamthaft acht Mandate ein und kommt noch auf 531 Sitze. Die CVP verlor fünf ihrer 460 Sitze. Sie liegt damit zum erstenmal gleichauf mit der SP, die sich um zwei Sitze verbesserte.

Keine Verschiebung an Rändern

Ebenfalls leicht zulegen konnten die Grünen, und zwar drei auf 186 Mandate. Keine Verschiebungen gab es an den Rändern des politischen Spektrums. EDU, Lega und andere kleine Rechtsparteien sind weiter mit 63 Abgeordneten in den Kantonen vertreten, Linksauten und Alternative mit 34. Auch wenn die kantonalen Parlamentssitze mit Grösse der Kantone gewichtet werden, ist die SVP mit 23,7 Prozent der Sitze die stärkste politische Kraft, gefolgt von der FDP mit 19 Prozent. (sda)

Über radioaktives Material Bevölkerung nie informiert

BIEL. Nach dem Fund von radioaktivem Abfall auf einer Autobahn-Baustelle in Biel haben die Behörden gestern Fehler in der Kommunikation zugegeben. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) richtet per sofort eine Kontaktstelle für Fragen ein. Die Stadt Biel nimmt den erstmaligen Fund von radioaktivem Material in einer ehemaligen Abfalldeponie ausserdem zum Anlass, alle potenziell radioaktiv verseuchten Gebiete auf Stadtgebiet näher zu untersuchen.

Das in den letzten zwei Jahren gefundene radioaktive Radium-226 stammt wahrscheinlich aus der Uhrenproduktion, wurden doch Fläschchen mit radioaktiver Leuchtfarbe gefunden. In der Uhrenstadt Biel wurden zahlreiche Uhren produziert. Die Leuchtfarbe wurde für die Bemalung von Zifferblättern verwendet.

Schutzmassnahmen für Arbeiter

Am Sonntag hatten die «Sonntagszeitung» und «Le Matin Dimanche» berichtet, dass im Jahr 2012 erstmals radioaktiver Abfall von der Baustelle der A5-Autobahnfahrtung von Biel gefunden wurde. In der Folge infor-

mation und der Nationalrat winkte die Geschäfte diskussionslos durch. Heute ist den Bürgerlichen die stillschweigende Zustimmung peinlich. Darauf angesprochen reden sie von einem «Betriebsunfall». Auch die betroffene Branche hat spät reagiert. Erst mit Blick auf den Entscheid im Ständerat hat sie sich in einer Allianz organisiert. «Wir haben die Situation falsch eingeschätzt und die Vorstösse erst nicht ernst genommen», räumte Hans Egloff, Zürcher SVP-Nationalrat und Präsident des Hauseigentümergebietes, gestern ein. Er zeigte sich froh, dass die Vorstösse im Ständerat nicht durchgekommen sind: «Solche kurzfristig ausgerichteten Eingriffe gefährden die Rechtssicherheit und verunsichern inländische wie ausländische Investoren.»

Grosse Projekte in Gefahr

In der Ratsdebatte gab Pirmin Bischof (CVP/SO) zu bedenken, dass der Prozentsatz des Immobilienmarktes, der in ausländischen Händen ist, sehr klein sei. Und dieses ausländische Kapital wirke seiner Meinung nach eher stabilisierend. Parteikollegin Brigitte Häberli-Koller (TG) fügte an, dass ein Beteiligungsverbot für ausländische Investoren viele grosse Projekte verunmöglichen würde. Gemäss Georges Theiler (FDP/LU) ist nicht in erster Linie das ausländische Kapital preistreibend, sondern inländische Faktoren wie die steigende Nachfrage oder die historisch tiefen Zinsen. Roland Eberle (SVP/TG) zeigte sich erstaunt, dass ausgerechnet die Ratslinke den Immobilienmarkt «von ausländischen Investoren säubern und die Immobilieninsel Schweiz abschotten» wolle.

Unglücklich mit dem Entscheid und mit der Entwicklung auf dem Immobilienmarkt war Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Sie will noch in diesem Jahr einen Vorschlag für eine Revision der Lex Koller vorlegen.

Skigebiete Sedrun und Andermatt fahren zusammen

BERN. Die Pläne von Samih Sawiris für einen Ausbau und Zusammenschluss der Skigebiete von Andermatt UR und Sedrun GR sind vom Bund genehmigt worden. Das für das neue Resort in Andermatt wichtige Vorhaben sei gesetzeskonform und umweltverträglich. Das Bundesamt für Verkehr (BAV) teilte gestern mit, dass es der Andermatt-Sedrun Sport AG (ASS) die Bewilligung erteilt habe, um die bestehenden Skigebiete beidseits des Oberalps zusammenzuschliessen und zu modernisieren. Das Projekt beinhaltet 15 neue Seilbahnanlagen, wobei acht davon bestehende Seilbahnen ersetzen.

Zentraler Projektteil ist die Verbindung der Skigebiete Andermatt und Sedrun. Um diese zu realisieren, seien grossflächige Eingriffe in die Landschaft nötig, schreibt das BAV. Die Eingriffe würden mit einer Vielzahl von Massnahmen ausreichend kompensiert. Hierzu trügen auch die Kantone Uri und Graubünden bei, indem sie grossflächige Renaturierungen sowie die Schaffung von Schutzgebieten unterstützen.

Das Bundesamt für Verkehr machte der ASS in der Verfügung gewisse Auflagen, die diese bei der Realisierung des Projektes umsetzen muss. Diese würden, gemessen am Gesamtprojekt, aber Details betreffen. Ferner muss die ASS Umweltabklärungen im Rahmen von Detailprojekten weiter verfeinern. (sda)

Nationalrat hält an Lex Leuenberger fest

BERN. Der Nationalrat besteht darauf, dass ehemalige Bundesräte während zwei Jahren keine bezahlten Mandate von Unternehmen mehr annehmen dürfen. Dennoch dürfte die Lex Leuenberger scheitern – der Ständerat wehrt sich gegen eine Regulierung. Die Differenzen zwischen den beiden Parlamentskammern sind gross. Der Nationalrat hiess das Mandatsverbot gestern mit 101 zu 74 Stimmen bei 8 Enthaltungen bereits zum zweiten Mal gut, während der Ständerat in der Frühjahrssession gar nicht erst darauf eingetreten war. Angesichts der klaren Fronten scheint eine Einigung unwahrscheinlich. (sda)

Ladenöffnungszeiten an GAV knüpfen

BELLINZONA. Die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten im Tessin soll an die Einführung eines Gesamtarbeitsvertrags geknüpft werden. Der Grosse Rat beschloss daher gestern überraschend, die Entscheidung über ein neues Ladenschlussgesetz zu vertagen. 44 Parlamentarier befürworteten den Vorschlag der CVP, das Thema zur Überarbeitung an die Finanz- und Wirtschaftskommission zurückzugeben. 31 Grossräte waren gegen eine Vertagung, fünf enthielten sich der Stimme. (sda)

Drei neue Mitglieder im Nationalrat vereidigt

BERN. Zum Auftakt der Sommersession des Nationalrats sind gestern drei neue Mitglieder vereidigt worden. Für die zurückgetretenen Nationalräte Markus Hutter (FDP/ZH), Josiane Aubert (SP/VD) und Christoph Blocher (SVP/ZH) sitzen neu für die FDP Beat Walti, für die SP Rebecca Ruiz und für die SVP Thomas Matter im Nationalrat. (sda)